

Separate Anträge zum Kohlekraftwerk **Gleise, Hafenkräne und Abwasser für die Lippe**

Von Jutta Wieloch

Lünen. Neben der geplanten Hochspannungsleitung gibt es weitere Anträge im Zusammenhang mit dem Trianel-Kohlekraftwerk, die parallel zum Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz laufen. Dabei geht es um den Ausbau von Gleisen und Hafen sowie um das Wasser in Lippe und Kanal.

Trianel will Abwasser aus dem Kraftwerksprozess in die Lippe einleiten und braucht dazu eine Erlaubnis. Der Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen (SAL) hat nach Auskunft von Vorstand Claus Externbrink ein Konzept erarbeitet. Zwei Kunststoffleitungen sollen das Abwasser vom Stummhafen Richtung Brunnenstraße führen und im Bereich Schlossallee in die Lippe ablassen. Damit beschäftigen sich derzeit die Fachleute aus dem Bereich Wasserrecht/Wasserwirtschaft bei der Bezirksregierung Arnsberg, bestätigt Jari Wieschmann, stellvertretender Pressesprecher. Ihnen liege ebenfalls ein Antrag auf Erlaubnis zur Entnahme von Kühlwasser für das Kraftwerk aus dem Datteln-Hamm-Kanal vor.

Bei der Abteilung Verkehrsplanung der Bezirksregierung ist laut Wieschmann ein Antrag zur Erweiterung der Gleisanlage eingegangen. Trianel sieht Versorgung und Entsorgung des Kraftwerks über die Schiene vor. Die Kohleanlieferung soll per Schiff erfolgen. „Das und den gan-

zen Hafenbetrieb übernimmt die Firma microca für uns“, berichtet Manfred Ungethüm, Leiter des Lüner Trianel-Projekts. Wegen Staubsicherungsmaßnahmen liefen zurzeit noch Gespräche mit den Behörden. Genehmigungen seien auch noch im Zusammenhang mit der Erweiterung der Nutzung des Stummhafens und der Errichtung von Krananlagen nötig.

Mit einem Antrag auf Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans am Stummhafen ist die Abteilung Stadtplanung im Technischen Rathaus befasst. „Das Trianel-Vorhaben widerspricht den Festsetzungen in zwei Punkten“, erläutert Leiter Thomas Berger: „Baumassenzahl - Volumen bezogen auf Grundstücksfläche - und Baugrenzen.“ Die Befreiung sei aber denkbar, da es dabei um planungsrechtliche Feinheiten gehe: Insgesamt betrachtet bleibe das Vorhaben unter der festgesetzten Baumassenzahl, das Grenzproblem habe ein längst nicht mehr vorhandener Bach verursacht.

Schließlich ist die heftig diskutierte Trasse für die Anbindung des Kraftwerks an das übergeordnete Stromnetz der RWE noch Grundlage eines Verfahrens, mit dem sich Raumordnungs-Experten bei der Bezirksregierung auseinandersetzen.

Die separaten Anträge sind mit dem Genehmigungsverfahren Thema des Erörterungstermins von Einwänden gegen das Kraftwerk, der am 28. August, beginnt.